

La soutenance de mémoire de Master en sciences sociales
- *pilier migration et citoyenneté* - de

Madame Mira Ducommun

Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure im Deportationsprozess
Eine multiperspektivische Untersuchung zu Widerstand und Macht

aura lieu - en français - le

26 juin 2018 à 10h00

Bâtiment MAPS, A.-L. Breguet 1, salle -010 (rez inférieur)

Directrice de mémoire : Christin Achermann

Expert-e : Jonathan Miaz

Erhalten Asylsuchende in der Schweiz einen negativen Asylentscheid und wird entschieden, dass der Vollzug einer Wegweisung zulässig, zumutbar und möglich ist, werden sie angehalten, innerhalb einer gesetzten Frist die Schweiz zu verlassen. Diese Masterarbeit fokussiert den Prozess von einer ersten Wegweisungsentscheidung bis hin zur Ausreise abgewiesener Asylsuchender unter Androhung oder Anwendung von Zwang. Darin interessiert, inwiefern zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure diesen Prozess beeinflussen, wenn sie sich für das Aufenthaltsrecht abgewiesener Asylsuchender einsetzen. Auf der Basis des Forschungsstandes werden drei theoretische Perspektiven mobilisiert: Die Perspektive Achermanns (2013) zu Deportation als Teil sozialer Exklusion, Foucaults (1992) Ausführungen zu Macht und Widerstand sowie Ansätze zum „liberalen Paradox“ – dem Spannungsfeld zwischen staatlicher Souveränität und menschenrechtlichen Verpflichtungen (Küffner 2017; Gibney / Hansen 2003). Die multiperspektivische Analyse von vier Deportationsprozessen zeigt, dass sich dieses Spannungsfeld durch die Argumentationsweisen und Strategien der befragten Akteurinnen und Akteure hindurchzieht. Daraus gehen Kräfteverhältnisse hervor, die zivilgesellschaftliche und behördliche Akteurinnen und Akteure in einer ungleichen Machtbeziehung zueinander positionieren: In Deportationsprozessen abgewiesener Asylsuchender können zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure anhand eines Bezugs auf menschenrechtliche Prinzipien ein Aufenthaltsrecht *fordern*, Migrationsbehörden können sich in ihrer Tätigkeit im Vollzug auf diese Prinzipien *beziehen*, während auf Bundesebene darüber *entschieden* wird, inwiefern abgewiesenen Asylsuchenden unter Berücksichtigung humanitärer Argumente und Menschenrechten ein Aufenthaltsrecht zukommt. Die Ergebnisse der Analyse legen nahe, dass zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowohl an der Produktion von staatlicher Souveränität als auch an der Herstellung und Berücksichtigung humanitärer und menschenrechtlicher Prinzipien beteiligt sind.